

Aktuelle Problemfelder und Handlungserfordernisse der Wirtschaftspolitik in Lateinamerika

Sangmeister, Hartmut

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Sangmeister, H. (1999). *Aktuelle Problemfelder und Handlungserfordernisse der Wirtschaftspolitik in Lateinamerika*. (Brennpunkt Lateinamerika, 21). Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-445610>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>



BRENNPUNKT LATEINAMERIKA

POLITIK · WIRTSCHAFT · GESELLSCHAFT

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE HAMBURG

Nummer 21

15. November 1999

ISSN 1437-6148

Aktuelle Problemfelder und Handlungserfordernisse der Wirtschaftspolitik in Lateinamerika

Hartmut Sangmeister (Universität Heidelberg)

„Zyniker pflegen über Ökonomen zu sagen, sie seien zwar unfähig, Prognosen abzugeben, aber im nachhinein wüßten sie immer, weshalb ein Ereignis genau so – und nicht anders – habe eintreten müssen.“

Neue Zürcher Zeitung vom 25.02.1999

Lateinamerika hat in den neunziger Jahren wieder zunehmend an weltwirtschaftlicher Bedeutung gewonnen. Der wirtschaftspolitische Reformkurs, den viele lateinamerikanische Regierungen während der zurückliegenden Jahre einschlugen, hat zu beachtlichen makroökonomischen Erfolgen geführt. Die positiven Ergebnisse des wirtschaftlichen Reformprozesses haben zeitweilig zu einer optimistischen Beurteilung der zukünftigen Entwicklung in Lateinamerika geführt. Aber spätestens seit der Brasilienkrise vom Januar 1999 und den nachfolgenden Turbulenzen konnte bezweifelt werden, ob die optimistischen Beurteilungen des lateinamerikanischen Entwicklungspotentials ökonomisch solide fundiert waren. Der massive Kapitalabfluß aus Brasilien und anderen Ländern der Region hat gezeigt, daß die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Lateinamerika noch keineswegs auf einem längerfristig tragfähigen finanziellen Fundament aufbauen kann. Um den Erfordernissen von Wettbewerbsgesellschaften zu entsprechen, die sich an der globalen Ökonomie orientieren, bedarf es in Lateinamerika einer „zweiten Generation“ von Wirtschaftsreformen.

Wirtschaftswachstum und Geldwertstabilität in Lateinamerika

Die gesamtwirtschaftlichen Wachstumsraten, die während der achtziger Jahre im lateinamerikanischen Durchschnitt pro Jahr lediglich 1,1 Prozent erreicht hatten, sind in den neunziger Jahren (1990-98) auf durchschnittlich 2,8 Prozent p.a. angestiegen; die wachstumsstärkste Volkswirt-

schaft der Region – Chile – konnte in den neunziger Jahren sogar durchschnittliche jährliche Zuwachsraten ihres Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 6,2 Prozent registrieren. Bei einem Bevölkerungswachstum von jährlich 1,5 Prozent hat sich das lateinamerikanische Pro-Kopf-BIP real deutlich erhöht, von 2.653 US-Dollar im Jahre 1990 auf 3.069 US-Dollar 1998.

Lateinamerika ist auch zu einer Region relativer Geldwertstabilität geworden. In Volkswirtschaften wie Argentinien, Brasilien oder Peru, für die am Ende der achtziger Jahre noch jährliche Inflationsraten von über 1.000 Prozent zu verzeichnen waren, konnten die Preissteigerungsraten auf historische Tiefststände zurückgeführt werden. Der durchschnittliche Anstieg der Konsumentenpreise lag 1998 im lateinamerikanischen Durchschnitt bei 8,7 Prozent – gegenüber 660 Prozent im Jahre 1990! Durch konsequente Konsolidierungsanstrengungen sind die Defizite der öffentlichen Haushalte, in der Vergangenheit eine der wesentlichen Inflationsursachen in Lateinamerika, in vielen Ländern der Region deutlich

reduziert worden. Die „Budgetlücke“, die zu Beginn der achtziger Jahre im lateinamerikanischen Durchschnitt noch bei 9 Prozent gelegen hatte, betrug 1997 nur noch 1,7 Prozent. Allerdings kam es 1998 auch in diesem Bereich zu einer Verschlechterung der Situation, als sich beispielsweise das staatliche Haushaltsdefizit in Ekuador mehr als verdoppelte und in Brasilien auf 8 Prozent des BIP hochschnellte; und auch in Chile und Venezuela wurden aus den bisherigen Haushaltsüberschüssen 1998 Defizite. Im lateinamerikanischen Durchschnitt erreichte die Finanzierungslücke der Staatsausgaben 1998 schätzungsweise 2,5 Prozent.

LATEINAMERIKAS WELTWIRTSCHAFTLICHE BEDEUTUNG

Lateinamerika hat in den neunziger Jahren wieder zunehmend an weltwirtschaftlicher Bedeutung gewonnen:

Der Anteil Lateinamerikas ¹	Jahr			
	1980	1987	1990	1997
an der Weltbevölkerung	8,1%	8,1%	8,2%	8,5%
an der globalen Wertschöpfung ²	7,4%	4,8%	4,6%	6,7%
an den weltweiten Exporten ³	5,5%	3,8%	3,9%	4,9%

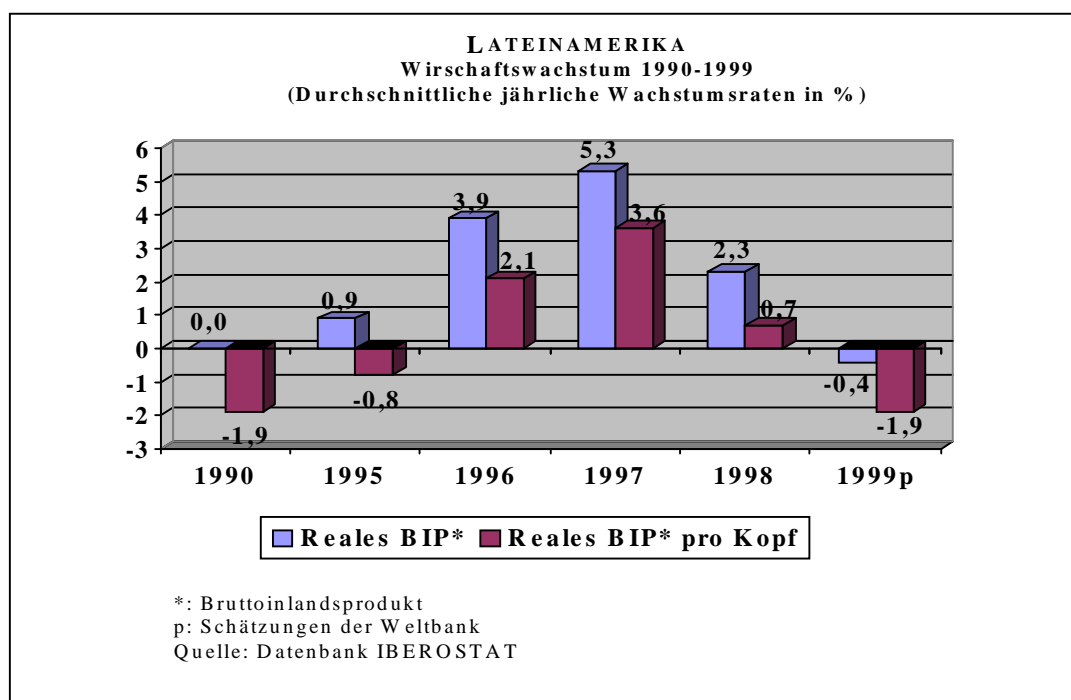
¹ Lateinamerika und Karibik gemäß der regionalen Abgrenzung der Weltbank.

² Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen in US-Dollar.

³ Waren- und Dienstleistungsexporte.

Der Anteil Lateinamerikas an dem weltweiten Verbrauch kommerzieller Energie, der 1980 bei 5,1 Prozent gelegen hatte, ist bis Mitte der neunziger Jahre auf 5,6 Prozent gestiegen. Rückläufig war hingegen der prozentuale Anteil Lateinamerikas an den globalen CO₂-Emissionen: von 6,3 Prozent im Jahre 1980 auf 5,4 Prozent 1995.

Quelle: World Bank, *World Development Indicators 1999 on CD-ROM*, Washington, D.C. 1999.

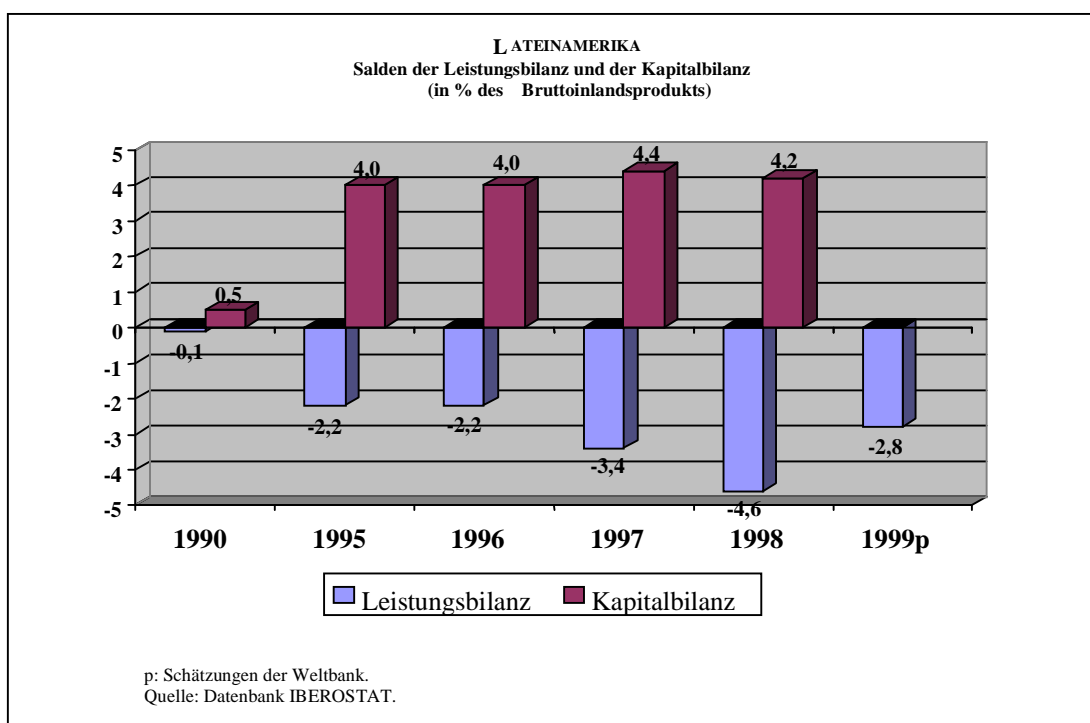


Besondere Beachtung hat der massive Zufluß privaten Auslandskapitals gefunden, den lateinamerikanische Länder in den neunziger Jahren registrieren konnten; in der Periode 1990-96 entfielen von den 938 Mrd. US-Dollar privater (Netto-)Kapitalzuflüsse in Entwicklungsländer ca. 33 Prozent auf Lateinamerika. Die *emerging markets* in Lateinamerika galten nicht nur bei kurzfristigen Portfolio-Investoren als Favoriten, sondern externes Kapital ist in erheblichem Umfang auch in Form von langfristigen Anlagen und ausländischen Direktinvestitionen in die Region geflossen. Im Zeitraum 1990-97 summierten sich die ausländischen (Netto-)Direktinvestitionen in Lateinamerika auf ca. 185 Mrd. US-Dollar. Nicht alle Volkswirtschaften der Region konnten allerdings von dem Zustrom ausländischer Direktinvestitionen gleichermaßen profitieren; wichtigstes Zielland war Brasilien, wohin 1997 ca. 13 Prozent aller in Entwicklungsländern getätigten ausländischen Direktinvestitionen flossen, gefolgt von Mexiko (7 Prozent), Argentinien und Chile (je 3 Prozent). Die externen Kapitalzuflüsse waren u.a. Ausdruck einer positiven marktmäßigen Bewertung der deutlich attraktiver gewordenen gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen lateinamerikanischer Volkswirtschaften.

Tatsächlich hat der Modernisierungsschub der letzten Jahre in vielen Branchen der lateinamerikanischen Wirtschaft zu substantiellen Produktivitätszuwächsen geführt, und auch die internationale Wettbewerbsfähigkeit konnte gesteigert werden. Dennoch ist bislang noch keine hinreichende Exportdynamik entstanden, um den An-

stieg der Importe auszugleichen. Während sich die lateinamerikanischen Exporterlöse zwischen 1990 und 1997 nur knapp verdoppelten, stiegen die Importaufwendungen in diesem Zeitraum um mehr als das Zweieinhalbfache. Ein Grund für diese ungleichgewichtige Entwicklung war u.a. der durch den technologischen Rückstand der Region bedingte Nachholbedarf bei der Einfuhr von Kapitalgütern zur Modernisierung der Produktionsanlagen. Zudem mußten mehrere lateinamerikanische Volkswirtschaften durch die nach der Asienkrise von 1997 sinkenden Weltmarktpreise für Rohstoffe (z.B. Rohöl, Kupfer, Zink) und Agrarprodukte (z.B. Kaffee, Bananen) empfindliche Einbußen ihrer Ausfuhrerlöse hinnehmen. Der Rückgang der Rohölpreise um ca. 30 Prozent im Jahre 1998 bedeutete beispielsweise für Venezuela Erlöseinbußen in Höhe von fast 6 Prozent seines BIP; für Ecuador summierten sich die negativen Auswirkungen des Preisverfalls bei Rohöl und Bananen auf schätzungsweise 2,8 Prozent seines BIP.

Vor dem Hintergrund der außenwirtschaftlichen Liberalisierung mußte die Entwicklung der Defizite in den Leistungsbilanzen mehrerer lateinamerikanischer Volkswirtschaften mit wachsender Besorgnis registriert werden. Zwar kann eine Volkswirtschaft ein Leistungsbilanzdefizit für einen bestimmten Zeitraum hinnehmen, ohne international in Zahlungs(bilanz)schwierigkeiten zu geraten, sofern dieses Defizit durch entsprechende (Netto-)Kapitalimporte ausgeglichen wird. Aber wenn für die Inanspruchnahme exter-



nen Kapitals Zinszahlungen zu leisten sind, muß ein hinreichendes Wirtschaftswachstum erzielt werden, damit mittelfristig die internen Verwendungsansprüche an das BIP nicht gesenkt werden müssen.

Das Leistungsbilanzdefizit Lateinamerikas, das im Jahre 1990 lediglich 0,1 Prozent des BIP betragen hatte, weitete sich bis Ende 1998 auf fast 5 Prozent des BIP aus (nach 3,4 Prozent im Jahre 1997). In absoluten Zahlen ausgedrückt hat sich das aggregierte Leistungsbilanzdefizit Lateinamerikas in den neunziger Jahren mehr als verfünffacht, von 1,5 Mrd. US-Dollar im Jahre 1990 auf 82,8 Mrd. US-Dollar im Jahre 1998; es lag damit um mehr als 40 Mrd. US-Dollar über dem historischen Rekordstand des Jahres 1981, als der offene Ausbruch der lateinamerikanischen Verschuldungskrise unmittelbar bevorstand, die dann in das „verlorene Jahrzehnt“ der achtziger Jahre geführt hat. Kritische Beobachter sehen bei einer Auslandsverschuldung Lateinamerikas von inzwischen über 700 Mrd. US-Dollar erneut die Zutaten für eine lateinamerikanische Schuldenkrise beisammen. Die Gefahr, in die „Schuldenfalle“ zu geraten, droht vor allem den Ländern mit einem anhaltenden „Zwillingsdefizit“, d.h., wenn sowohl

die Leistungsbilanz als auch der öffentliche Haushalt über mehrere Jahre hinweg hohe Defizite aufweisen.

Angesichts der Finanzkrise, die Lateinamerika im Gefolge der Asien- und Rußlandkrisen erfaßte, mußten die gesamtwirtschaftlichen Wachstumsprognosen für viele Volkswirtschaften der Region nach unten revidiert werden, da die notwendigen wirtschaftspolitischen Stabilisierungsmaßnahmen als Reaktion auf die Finanzkrise starke rezessive Auswirkungen hatten. So wurde Mitte 1999 für das laufende Jahr ein Negativwachstum in Venezuela (-4,0 Prozent), in Brasilien (-2,0 Prozent) erwartet und in Kolumbien (-1,7%); auch Chile, das lange Zeit als wirtschaftspolitisches Vorbild für Lateinamerika gelobt worden war, kann erstmals seit Jahren nur noch mit einer gesamtwirtschaftlichen Wachstumsrate unter ein Prozent rechnen. In einigen zentralamerikanischen Staaten (Dominikanische Republik, Honduras, Nikaragua) kamen zu den widrigen außenwirtschaftlichen Bedingungen noch die verheerenden Auswirkungen der Wirbelstürme *Georges* und *Mitch*, so daß das wirtschaftliche Wachstum auch von der Angebotsseite her beeinträchtigt wurde.

DIE AUSLANDSVERSCHULDUNG LATEINAMERIKAS¹

	Jahr							
	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
Gesamtverschuldung in Mrd. US-Dollar	475,37	492,42	509,15	554,07	592,65	647,89	669,21	703,67
Schuldendienst in Mrd. US-Dollar	45,58	45,64	53,16	61,79	65,5	81,73	106,96	130,64
Schuldendienst ² in % des BSP ³	4,14	3,99	4,24	4,46	4,15	4,97	5,98	6,61
Schuldendienst ² in % der Exporterlöse ⁴	24,6	24,2	26,4	28,3	25,8	26,9	32,0	35,5

¹ Lateinamerika und Karibik gemäß der regionalen Abgrenzung der Weltbank.

² Tilgungen und Zinszahlungen.

³ Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen.

⁴ Exporterlöse für Waren und Dienstleistungen.

Nach den Kriterien der Weltbank werden mehrere Länder Lateinamerikas als „ernsthaft verschuldet“ klassifiziert, da die beiden maßgeblichen Indikatoren „Schuldendienst in Prozent des BSP“ und „Schuldendienst in Prozent der Exporterlöse“ die kritischen Schwellenwerte (220 Prozent bzw. 80 Prozent) erreicht haben. Im Rahmen der „Initiative für die hochverschuldeten armen Länder“ (*HIPC-Initiative*) wurde Bolivien und Guyana ein Schuldenerlaß von 448 bzw. 253 Mio. US-Dollar zugesagt. Auch den HIPC-Staaten Honduras und Nikaragua wurde von der internationalen Gläubigergemeinschaft ein Schuldenerlaß in Aussicht gestellt, wenn sie die „erfolgreiche“ Durchführung von Strukturanpassungsprogrammen nachweisen können; nach den verheerenden Folgen des Wirbelsturmes *Mitch*, der in beiden Ländern große Teile der Infrastruktur zerstörte, hat sich der überwiegende Teil der öffentlichen Gläubiger zumindest zu einem Schuldendienstmoratorium bereit erklärt.

Quelle: World Bank, *World Development Indicators 1999 on CD-ROM*, Washington, D.C., 1999.

Internationale Ratingagenturen geben dem wirtschaftspolitischen Krisenmanagement lateinamerikanischer Regierungen gute Noten, indem sie die (Risiko-)Bewertung staatlicher Schuldtitel herabsetzen (wie 1999 im Falle Chiles); die Käufer staatlicher Anleihen sind mit einem geringeren Risikozuschlag zufrieden, wenn ihr Vertrauen in die Wirtschaftspolitik wieder zunimmt (wie 1999 im Falle Argentinien); auch in dem wieder ansteigenden Engagement ausländischer Direktinvestoren kommt wachsendes Vertrauen in lateinamerikanische Wirtschaftsstandorte zum Ausdruck. Selbst im Krisenjahr 1998 war Lateinamerika Zielregion für mehr als 50 Prozent aller privaten Kapitalflüsse in Entwicklungsländer. Zwar kann die Wirtschaftskrise noch keineswegs als völlig überwunden gelten, aber Länder wie Argentinien, Brasilien und Chile zählen beispielsweise für deutsche Exporteure weiterhin zu den „*top five*“ der dynamischen Absatzmärkte in Lateinamerika. Schätzungen der Weltbank zufolge kann Lateinamerika ab dem Jahre 2000 wieder mit höheren Zuwachsraten des gesamtwirtschaftlichen Wachstums rechnen; in der Zehnjahresperiode 1998-2007 ist eine durchschnittliche jährliche Wachstumsrate des realen BIP von 3,7 Prozent möglich, sofern makroökonomischer Stabilität weiterhin hohe wirtschaftspolitische Priorität eingeräumt wird, das Leistungsbilanzdefizit auf 2,5 Prozent des BIP reduziert werden kann und die gesamtwirtschaftliche Sparquote steigt.

Trotz anhaltender Krisensignale sollte nicht übersehen werden, daß der marktwirtschaftliche Reformprozeß in Lateinamerika eine neue wirtschaftliche Dynamik gefördert hat. Zwar hat diese Dynamik mit der Brasilienkrise einen deutlichen Dämpfer erhalten, da auch andere wichtige Volkswirtschaften in der Region die Auswirkungen des Brasiliendebakels zu spüren bekommen. Aber der in den neunziger Jahren wiedergewonnenen Wirtschaftsdynamik Lateinamerikas geht mit der aktuellen Krise nicht grundsätzlich ihre ökonomische Basis verloren. Die Bankensysteme lateinamerikanischer Volkswirtschaften haben sich gegenüber externen Schocks deutlich robuster erwiesen, als dies in vielen ostasiatischen Ländern der Fall gewesen war. Keine der zehn größten lateinamerikanischen Banken (davon sechs in Brasilien, drei in Mexiko und eine in Argentinien) mußte wegen des krisenbedingten Liquiditätsabzugs die Kreditvergabe einstellen. Und anders als in ostasiatischen Krisenländern – wie beispielsweise Thailand und Indonesien – waren die wirtschaftlichen Wachstumserfolge in Lateinamerika nicht lediglich „Luftblasen“, d.h. ein durch hohe Kapitalzuflüsse in einen boomenden, aber weit-

gehend unkontrollierten Finanzsektor aufgeblähtes Wachstum. In einigen ostasiatischen Volkswirtschaften erreichten die finanziellen Vermittlungsleistungen des Bankensektors vor dem Ausbruch der Asienkrise ein Gesamtvolumen von mehr als 100 Prozent des BIP, während der Vergleichswert für den lateinamerikanischen Finanzsektor weniger als 40 Prozent beträgt.

Bei einer Beurteilung der derzeitigen ökonomischen Situation in Lateinamerika sollten nicht nur die Finanzmärkte berücksichtigt werden (zumal diese zu Überreaktionen neigen); denn von den Bewertungskriterien der Finanzmärkte lassen sich nicht ohne weiteres Aussagen über das güterwirtschaftliche Fundament gesamtwirtschaftlicher Entwicklung ableiten. Tatsächlich haben in vielen lateinamerikanischen Staaten weitreichende Reformen zur Modernisierung der Wirtschaftsverfassung und der Wirtschaftsstrukturen stattgefunden. Dieser Anpassungs- und Modernisierungsprozeß vollzieht sich allerdings in den Volkswirtschaften der Region mit unterschiedlicher Geschwindigkeit und mit gemischten Ergebnissen. So wurde beispielsweise Argentinien als erstem lateinamerikanischen Land durch den Internationalen Währungsfonds (IWF) Zugang zu der im April 1999 eingerichteten *Contingent Credit Line* (CCL) eröffnet, die nur für Länder mit einer soliden Wirtschafts- und Finanzpolitik bestimmt ist. Der Regierung Paraguays bescheinigte der IWF hingegen im Januar 1999, daß die notwendigen strukturellen Reformen bislang ausgeblieben seien und nicht einmal aktuelle makroökonomische Daten zur Verfügung stünden, auf deren Grundlage ernsthaft über wirtschaftspolitische Anpassungsmaßnahmen diskutiert werden könne.

Aktuelle wirtschaftspolitische Problemfelder in Lateinamerika

Die bisherigen wirtschaftspolitischen Strukturanpassungs- und Modernisierungsprogramme haben Lateinamerika schon ein gutes Stück vorwärts gebracht auf dem Wege zu einer Wettbewerbsgesellschaft, die sich an der globalen Ökonomie orientiert. Mit dem Abschied von staatsinterventionistischen, importsubstituierenden Industrialisierungsstrategien früherer Dekaden hat in lateinamerikanischen Volkswirtschaften marktkonformer Wettbewerb Einzug gehalten, der durch Deregulierung und Privatisierung gefördert wird; und mit der zunehmenden Liberalisierung der Außenwirtschaft ist auch die Weltmarktorientierung der Region gestärkt worden. Funktionierender Wettbewerb und offene Märkte bedeuten Effizienzgewinne als wichtige Voraussetzung für

die erfolgreiche Einbindung der lateinamerikanischen Volkswirtschaften in den Prozeß der Globalisierung von Güterproduktion, Dienstleistungen und Finanzierungen. Allerdings kann die wirtschaftspolitische Reformagenda in den meisten Staaten des lateinamerikanischen Subkontinents noch keineswegs als abgeschlossen betrachtet werden; diese Feststellung gilt unter der Annahme, daß mit den Wirtschaftsreformen den Herausforderungen des Globalisierungsprozesses entsprochen werden soll, denen sich auch die Volkswirtschaften Lateinamerikas stellen müssen.

Am weitesten sind die Strukturreformen bei der Liberalisierung des Außenhandels gediehen; hatte der durchschnittliche Außenzoll in Lateinamerika Mitte der achtziger Jahre noch bei über 40 Prozent gelegen, so war er bis 1996 auf ca. 13 Prozent gesenkt worden. Wesentlich langsamer als die Außenwirtschaftsreformen konnten die überfälligen Reformen des Steuerwesens vorangebracht werden und auch die Privatisierungsvorhaben sind durch vielfältige Widerstände häufig verzögert worden (wie beispielsweise in Brasilien, Uruguay und Kolumbien); aber selbst dort, wo die Privatisierung staatlicher Unternehmensaktivitäten zügiger voranging (wie z.B. in Mexiko, Bolivien, Peru und Argentinien), haftet ihr häufig der ordnungspolitische Mangel an, daß dabei im Ergebnis lediglich staatliche Monopole durch private Monopole oder Oligopole abgelöst wurden. Zudem sind zwecks Komplettierung des bisherigen wirtschaftspolitischen Modernisierungsprogramms Verwaltungsreformen des öffentlichen Dienstes sowie Maßnahmen zur Effizienzsteigerung und Stabilisierung der staatlichen Budgetsysteme vordringlich. Auch eine wirksame Bankenaufsicht als wesentliche Voraussetzung funktionsfähiger Finanzmärkte ist noch keineswegs in allen lateinamerikanischen Staaten gewährleistet. Die Erfahrungen aus den Finanzkrisen in Asien und Lateinamerika haben gezeigt, daß durch die Liberalisierung der nationalen Finanzmärkte und des grenzüberschreitenden Kapitalverkehrs ohne gleichzeitige Etablierung wirkungsvoller Kontrollinstrumente ein erhebliches Risikopotential entsteht.

Abgesehen von den sektoralen Defiziten der bisherigen wirtschaftspolitischen Reformen in Lateinamerika werden ihre Erfolgsaussichten durch eine unzureichende Institutionalisierung begrenzt, d.h. durch einen Mangel an wirtschaftspolitischen Handlungsregelmäßigkeiten und Handlungsgewohnheiten, die auf „relative Dauer“ angelegt sind, so daß sie in den Entscheidungskalkülen wirtschaftlicher Akteure als vorhersehbar und berechenbar berücksichtigt werden können. Es mangelt an verbindlichen und verpflichtenden

wirtschaftspolitischen Festlegungen, durch die Handlungsmöglichkeiten ausgegrenzt und individuelle Freiheitsschranken errichtet werden. Gerade im Zusammenhang mit Privatisierungsverfahren in mehreren lateinamerikanischen Ländern wurde deutlich, daß die politische Wirklichkeit von dem Leitbild eines sich selbst beschränkenden und regelkonform handelnden Staates noch weit entfernt ist und sich der Staatsapparat zur Befriedigung von Partikularinteressen nach wie vor instrumentalisieren läßt.

Um den Anforderungen einer dynamischen Wirtschaft gerecht werden zu können, muß ein hohes Maß an (wirtschafts-)politischer Institutionalisierung erreicht sein, durch die ein möglichst breites Spektrum nur teilweise organisationsfähiger gesellschaftlicher Interessen aggregiert und zur Geltung gebracht wird. Stabile Institutionen machen staatliches Handeln transparent und senken die Transaktionskosten der wirtschaftlichen Akteure. Ein höherer Grad an wirtschaftspolitischer Institutionalisierung bringt eine geringere Personalisierung der Politik mit sich, wodurch sich die Einflußnahme bestimmter Interessen auf wirtschaftspolitische Entscheidungen tendenziell verringert. Dies setzt jedoch auch voraus, daß die Institutionen mit entsprechenden rechtlichen sowie personellen Mitteln ausgestattet werden, damit sie über ausreichende Autonomie gegenüber mächtigen Einzelinteressen verfügen.

In vielen Ländern Lateinamerikas mangelt es den staatlichen Institutionen – vor allem unterhalb der zentralstaatlichen Ebene – an administrativer Regulierungskompetenz und -kapazität, um demokratische Transition und ökonomische Transformation kohärent gestalten zu können. Dezentralisierung, Bürgerbeteiligung und soziale Integration der Gesellschaft sind zwar vielerorts angekündigte Reformprojekte, aber deren Realisierung verzögert sich oder scheitert an fehlendem politischen Gestaltungswillen und ungeklärten institutionellen Kompetenzen. Und selbst dort, wo Dezentralisierungsprozesse eingeleitet wurden, ist es keineswegs überall zu einer besseren Anpassung der öffentlichen Dienstleistungen an die lokalen Erfordernisse gekommen; zudem haben die Erfahrungen z.B. in Argentinien, Brasilien und Kolumbien gezeigt, daß die Dezentralisierung von Regierungsverantwortung zwingend mit einer Neuordnung der finanziellen Mittelverteilung und deren Kontrolle einhergehen muß, damit die auf subnationalen Ebenen gewählten Regierungen keine exzessive Verschuldungspolitik zu Lasten der Zentralregierung betreiben können.

Wirtschaftspolitischer Handlungsbedarf: Reformen der zweiten Generation

Um den Erfordernissen von Wettbewerbsgesellschaften zu entsprechen, die sich an der globalen Ökonomie orientieren, bedarf es in Lateinamerika einer „zweiten Generation“ von Wirtschaftsreformen. Mit der Einbindung in die globale Ökonomie bieten sich vor allem den „Schwellenländern“ Lateinamerikas Chancen, die bei einer Rückkehr zur Binnenmarktorientierung nicht wahrgenommen werden können. Für eine erfolgreiche Integration in den Weltmarkt genügt es jedoch nicht, die außenwirtschaftlichen Beziehungen zu liberalisieren. Potentielle Akteure auf dem Weltmarkt müssen international wettbewerbsfähig sein. Wettbewerbsfähigkeit läßt sich heute aber nicht mehr allein auf Rohstoffen aufbauen, über die Lateinamerika reichlich verfügt; und Wettbewerbsfähigkeit entsteht auch nicht allein durch die Verfügbarkeit über Kapital, das man sich weltweit borgen kann.

Von den Globalisierungserfordernissen her gesehen ergibt sich in Lateinamerika vor allem in folgenden Bereichen zusätzlicher Handlungsbedarf für eine „zweite Generation“ von Wirtschaftsreformen:

- Reform der Arbeitsbeziehungen und der staatlichen Arbeitsmarktpolitik;
- Reform der sozialen Sicherungssysteme;
- Reform der Bildungs- und Ausbildungssysteme.

Reform der Arbeitsbeziehungen und der staatlichen Arbeitsmarktpolitik

Traditionell sind die formalen Arbeitsmärkte in Lateinamerika stark reguliert. Staatliche Regulierungen zum Bestandsschutz von Arbeitsverhältnissen wirken tendenziell als Anreiz, Arbeitsleistungen in den informellen Sektor auszugliedern. Dies ist eine mögliche Erklärung für das signifikante Anwachsen der informellen Beschäftigung in Lateinamerika während der neunziger Jahre. Je umfassender die staatlichen Regulierungen des Arbeitsmarktes sind, um so weniger können die Unternehmen den Arbeitseinsatz flexibel an veränderte Marktsituationen anpassen, um so höher sind tendenziell die Anpassungskosten. Besonders die kleinen und mittleren Unternehmen, die für lokale Arbeitsmärkte von wesentlicher Bedeutung sind, werden durch bürokratische Überregulierungen daran gehindert, flexibel auf veränderte Marktbedingungen zu reagieren. So wurde beispielsweise in Brasilien erst im Januar

1998 mit dem Gesetz Nr. 9601 die Möglichkeit zeitlich befristeter Arbeitsverträge geschaffen, die allerdings nicht unmittelbar zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber geschlossen werden können, sondern nur unter Mitwirkung der zuständigen Gewerkschaft.

Nach Chile, wo Arbeitsrecht und Arbeitsbeziehungen bereits 1979 mit dem *Plan Laboral* reformiert wurden, haben bisher nur wenige andere lateinamerikanische Staaten (z.B. Argentinien, Kolumbien, Panama, Peru) damit begonnen, ihre stark korporativistisch geprägte Arbeitsgesetzgebung zu vereinfachen. In den meisten Volkswirtschaften der Region steht ein *Reengineering* der Arbeitsmärkte mithin noch aus.

Deregulierung und Flexibilisierung müssen die vorrangigen Prinzipien für die dringend notwendigen Reformen der staatlichen Arbeitsmarktpolitik und der Arbeitsgesetzgebung in Lateinamerika sein. Denn staatliche Vorschriften zum Schutz von Einkommen und Beschäftigungsverhältnissen der Arbeitnehmer wirken wie eine (implizite) Steuer auf die Mobilität des Produktionsfaktors Arbeitskraft und können daher eine ineffiziente Ressourcenallokation auf dem Arbeitsmarkt verursachen. Allerdings: Für die große Gruppe der armen Erwerbstätigen ohne Organisationskapazität und Verhandlungsmacht bleibt nach wie vor die Fixierung von Mindestlöhnen mit stabiler Kaufkraft notwendig.

Reform der sozialen Sicherungssysteme

Wettbewerb am Arbeitsmarkt muß durch soziale Kooperation austariert werden. D.h., durch leistungsfähige soziale Sicherungssysteme muß Vorsorge getroffen werden, daß die „Verlierer“ im Wettbewerb am Arbeitsmarkt in ihrer materiellen Existenz gesichert bleiben.

Zwar gibt es in einigen lateinamerikanischen Staaten schon seit längerem Sozialversicherungssysteme. Aber viele der bestehenden Sozialversicherungen haben nur eine sehr begrenzte personelle Reichweite, ihre Verwaltung ist ineffizient, und sie verwenden die finanziellen Mittel häufig für versicherungsfremde Leistungen. Im Ergebnis können sie die ihnen gestellten Sicherungsaufgaben nicht nur nicht erfüllen, sondern sie wirken teilweise sogar kontraproduktiv oder dienen lediglich der Privilegierung kleiner Personengruppen. So wurden beispielsweise 1997 in Brasilien von der gesetzlichen Rentenversicherung 51 Prozent der Gesamtleistungen an 2,9 Millionen Rentner des öffentlichen Dienstes erbracht, während sich die übrigen 49 Prozent der Leistungen auf 16,5 Millionen Rentenempfänger aus der pri-

vaten Wirtschaft verteilen; die von dem *Instituto Nacional do Seguro Social* (INSS) gezahlte durchschnittliche Rente lag 1997 bei 200 Reais, während die Rentenempfänger des öffentlichen Dienstes im Durchschnitt 1.660 Reais erhielten.

Grundlegende Reformen der Alterssicherung, wie sie beispielsweise in Chile durchgeführt wurden, dienen inzwischen auch anderen lateinamerikanischen Staaten (z.B. Argentinien, Panama) als Vorbild. In der schrittweisen Umstellung sozialer Sicherungssysteme gegen die „klassischen“ Risiken von Arbeitnehmern (Krankheit, Unfall, Alter, Arbeitslosigkeit) auf individuelle Kapitaldeckung wird ein Beitrag zur notwendigen Erhöhung der gesamtwirtschaftlichen Sparquote gesehen; mit einer (Bruttoinlands-)Ersparnis von rund 20 Prozent des BIP liegt die Sparquote im lateinamerikanischen Durchschnitt deutlich unter dem Vergleichswert für Ostasien und den Pazifik (36 Prozent) und auch unter dem weltweiten Durchschnittswert (22 Prozent).

Die Reform der sozialen Sicherungssysteme sollte jedoch zu keiner völligen Abkehr von dem Gestaltungsprinzip einer obligatorischen Sozialversicherung führen. Denn die Freiheit der Bürger, selbst zu entscheiden, ob und wie sie sich gegen Risiken materieller Existenzverschlechterung absichern, kann *de facto* erst ab einer bestimmten Einkommenshöhe zum Tragen kommen, die deutlich über dem Existenzminimum liegt. Gerade in den lateinamerikanischen Ländern mit extrem ungleicher Einkommensverteilung ist Sicherungszwang für einen großen Teil der Bevölkerung unverzichtbar; denn nur in einer obligatorischen Sozialversicherung kann das Solidaritätsprinzip politisch und gesellschaftlich verankert werden. Auf diese Weise läßt sich eine Umverteilung zugunsten der Bezieher niedriger Einkommen realisieren, ohne hierfür staatliche Steuereinnahmen in Anspruch nehmen zu müssen.

Reform der (Aus-)Bildungssysteme

Lateinamerika kann im internationalen Standortwettbewerb nur mithalten, wenn es auch über das notwendige Humankapital verfügt. Aber gerade bei der Schaffung von Humankapital, d.h. in den Bereichen der schulischen Bildung und der beruflichen Ausbildung, bestehen in den lateinamerikanischen Gesellschaften erhebliche Defizite. Ein grobes Indiz für die defizitäre Bildungssituation in lateinamerikanischen Ländern ist die durchschnittliche Dauer des Schulbesuchs; der „typische“ Erwerbstätige in Lateinamerika hat die Schule lediglich 4,8 Jahre besucht, während der entsprechende Vergleichswert für Südostasien

über 6 Jahre beträgt. Zwar beginnen heute in fast allen südamerikanischen Ländern nahezu 100 Prozent der Kinder eine Schulausbildung, aber 40 Prozent der Kinder aus armen Familien verlassen das Schulsystem bereits im fünften Jahr. Es gibt in den Megapolen der Region hervorragende Universitäten und (private) Schulen, die ihren Absolventen eine Ausbildung auf hohem Niveau vermitteln; aber der Mehrzahl der Kinder und Jugendlichen in Lateinamerika bleiben diese Möglichkeiten verschlossen. Da mit der Qualität der (Aus-)Bildung tendenziell das Einkommen steigt, trägt der personell stark konzentrierte Prozeß der Humankapitalbildung dazu bei, die ungleiche Einkommensverteilung in Lateinamerika zu perpetuieren.

Sofern lateinamerikanische Produzenten komparative Kostenvorteile durch niedrige Löhne für nicht- oder nur geringqualifizierte Arbeitskräfte haben, gehen diese Vorteile in dem Maße verloren, in dem Routinearbeiten durch die neuen Informations- und Kommunikationstechniken übernommen werden können, so daß es immer weniger Tätigkeiten für Ungelernte gibt. Entscheidend für die internationale Konkurrenzfähigkeit einer Volkswirtschaft ist ihre technologische Innovationsfähigkeit. Denn die Fähigkeit, neues technisches Wissen hervorzubringen, es durch Produkt- und/oder Prozeßinnovationen ökonomisch nutzbar zu machen, erhöht die Arbeitsproduktivität und damit auch das Realeinkommen. In den zukunfts-fähigen, wissensbasierten Produktionsprozessen werden ausgebildete Arbeitskräfte benötigt, die über Wissen verfügen und die Kompetenz besitzen, dieses Wissen anzuwenden. Dem müssen die (Aus-)Bildungssysteme durch zeitgemäße Lernorganisation und die Vermittlung von Schlüsselqualifikationen Rechnung tragen.

Große Teile der Industrien in Lateinamerika sind von den *best-practice*-Standards des *world class manufacturing* noch weit entfernt, zumal auch die Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen der lateinamerikanischen Unternehmen im internationalen Vergleich relativ niedrig sind; dieser negative Befund gilt auch für Brasilien, das über den größten und modernsten Industriepark innerhalb Lateinamerikas verfügt. *High-tech*-Produkte hatten Mitte der neunziger Jahre in Argentinien und Brasilien einen Anteil von 17 bis 18 Prozent an der Ausfuhr industrieller Güter; in Ländern wie Honduras und Paraguay betrug dieser Anteil lediglich 3 bis 4 Prozent. Zukünftig werden jedoch vermutlich diejenigen Gesellschaften die höchsten Außenhandelsgewinne erzielen können, denen es gelingt, sich im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung auf Bereiche mit

hohen technologischen Anforderungen zu spezialisieren. Zielgerichtete Investitionen in die Humankapitalbildung sind daher in Lateinamerika dringend notwendig, um für die Weltmarktintegration gerüstet zu sein. Hinzu kommt, daß bei der Bildung von Humankapital – anders als bei der Bildung von Sachkapital – keine sinkenden Grenzerträge anfallen, sondern Akkumulations- und Synergieeffekte bewirken *increasing economies of scale*. Insofern bieten sich für die (meisten) lateinamerikanischen Staaten innovationsorientierte Wachstumsstrategien an, mit massiven Investitionen in das Bildungswesen. Denn nicht die Quantität von Arbeitskräften ist in den zukunftsfähigen, wissensbasierten Produktionsprozessen von Bedeutung, sondern deren Qualität.

Globalisierung und sozialstaatliches Handeln in Lateinamerika

Der internationale Wettbewerb macht vor den nationalen Märkten Lateinamerikas nicht halt. Globalisierung bedeutet unter ordnungspolitischen Gesichtspunkten Intensivierung des grenzüberschreitenden Wettbewerbs. Der internationale Standortwettbewerb schwächt die Verhandlungsposition nationaler Interessengruppen; er stärkt die Unternehmen, die in der Lage sind, globale Geschäftsstrategien zu verfolgen, und er schwächt die Gruppe der Arbeitnehmer. Forderungen von Gewerkschaften nach Lohnerhöhungen können die Unternehmen mit dem Hinweis abwehren, daß ausländische Konkurrenten von den Lohnkostensteigerungen nicht betroffen werden; für die Löhne, die ein Automobilhersteller im brasilianischen São Paulo zu zahlen bereit ist, spielt nicht nur das Lohnniveau in Rio de Janeiro oder Belo Horizonte eine Rolle, sondern auch die Höhe vergleichbarer Löhne im argentinischen Córdoba oder im chinesischen Shanghai.

In einer solchen Situation mag *Sozialdumping* als geeignetes Mittel zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Wettbewerb erscheinen. *Sozialdumping* sichert aber auf Dauer keine Arbeitsplätze. Eine erfolgversprechendere Wettbewerbsstrategie in Lateinamerika muß darauf gerichtet sein, die Leistungsfähigkeit des Produktionsfaktors Arbeit zu erhöhen und dessen produktiven Einsatz zu gewährleisten. Eine Politik zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und zur Erlangung systemischer Wettbewerbsfähigkeit kann sich aber nicht auf die Bildung von Humankapital und die Förderung von Innovationsfähigkeit beschränken, sondern erfordert beispielsweise auch Maßnahmen der präventiven gesundheitspolitischen Absicherung, Familienpla-

nung und eine Ausweitung der Optionen und Möglichkeiten von Frauen im Erwerbsleben.

Ohne Komplementierung durch eine zielgruppenorientierte Sozialpolitik liegt nach mehr als einer Dekade erfolgreicher Strukturreformen in Lateinamerika durchaus die Frage nahe, die sich die *Inter-American Development Bank* in ihrem Rechenschaftsbericht 1997 stellte: *All pain no gain?* Ein intragesellschaftlicher Solidarausgleich läßt sich auch in Zeiten der Globalisierung national organisieren, und nur mit einem solchen Solidarausgleich wird es möglich sein, die Zahl der rund 150 Millionen Armen zu reduzieren, die in Lateinamerika leben. Gewiß fehlt es in den meisten Ländern Lateinamerikas an gesellschaftlichen Institutionen, die Leistungswettbewerb zwischen den wirtschaftlichen Akteuren gewährleisten und damit auch Aufwärtsmobilität ermöglichen. Aber allein durch Strukturreformen à la *Washington Consensus* wird die im internationalen Vergleich schockierende soziale Ungleichheit der meisten lateinamerikanischen Gesellschaften nicht überwunden werden können. Denn wesentliche Ursachen der extrem ungleichen Einkommensverteilung sind im lateinamerikanischen Kontext die Art und Weise, in der Institutionen und Märkte die bestehenden Verteilungsmuster reproduzieren.

Der Generalsekretär der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), *César Gaviria*, hat bereits Ende 1995 betont, daß in Lateinamerika eine „verzweifelte Notwendigkeit“ bestehe, effiziente Sozialpolitik zu betreiben, und künftiges Wirtschaftswachstum nur möglich sei, wenn die Länder ihre politischen Institutionen an der Basis demokratisieren und die Zivilgesellschaft stärken. Tatsächlich neigen jedoch mehrere der gegenwärtigen Regime in Lateinamerika noch immer dazu, hinter formalen demokratischen Legitimierungsmustern autoritäre Entscheidungsprozesse zu bevorzugen. Und nach wie vor hat in mancherlei Gesellschaftsgruppen Lateinamerikas der Mythos Bestand, daß der *homo oeconomicus autocraticus* wirtschaftspolitisch erfolgreicher sei als demokratische Regierungen. So konnte sich beispielsweise der *Fujimorismo* in Peru lange Zeit auf die Zustimmung der Wählermehrheit stützen, wenn er wirtschaftliche Anpassungsmaßnahmen autoritativ durchsetzte, um wechselseitig sich blockierende gesellschaftliche Partikularinteressen zu überwinden. Meinungsumfragen zufolge waren in Chile im September 1998 noch 24 Prozent der Befragten der Ansicht, daß General Pinochet als einer der besten Regierungschefs dieses Jahrhunderts in die Geschichte eingehen werde. Deutliche Nachsicht mit Eingriffen der Exekutive in die Rechte der Parlamente und der Justiz wird in

Meinungsumfragen vor allem von denjenigen Bevölkerungsgruppen geäußert, die mit der schleppenden Durchführung von Strukturreformen unzufrieden sind.

Wie der Ausgang der Präsidentschaftswahlen in Venezuela 1998 gezeigt hat, droht bei einer anhaltenden wirtschaftlichen Krise die Akzeptanz von Marktwirtschaft und Demokratie in den lateinamerikanischen Gesellschaften wieder zu sinken, und es kann zu einem Rückfall in nationalistisch-populistische Legitimierungsmuster kommen. Die gesellschaftliche Tragfähigkeit und Nachhaltigkeit der Wirtschaftsreformen in Lateinamerika hängt entscheidend auch davon ab, inwieweit sie den Erwartungen der Bürger gerecht werden und einen substantiellen Beitrag zur Lösung der gravierenden sozialen Probleme des Subkontinents leisten können. Die lateinamerikanischen Volkswirtschaften sind auf ökonomische Erfolge zwingend angewiesen; gerade deswegen können sie keine Schutzzonen gegenüber den Kräften des globalisierten Wettbewerbs bleiben. Denn nimmt in einer liberalisierten Volkswirtschaft der Effizienzdruck von außen zu, dann müssen auch im Innern protektionistische staatliche Regelungen aufgehoben und Verhaltensweisen verändert werden, die bislang das Zustandekommen effizienter Lösungen verhindert haben.

Zweifelsohne haben die Wirtschaftsreformer in Lateinamerika noch einen „langen Marsch“ vor sich. In gewisser Weise lassen sich ihre Reformbemühungen mit dem Aufwärtslaufen auf einer abwärtsführenden Rolltreppe vergleichen: Sie müssen gewaltige Anstrengungen unternehmen, um nicht auf der Stelle zu treten. Es wäre daher für die zukünftige Entwicklung in Lateinamerika fatal, wenn aus der aktuellen Krise die falschen Lehren gezogen würden und die Wirtschaftspolitik Abschied nähme von der grundsätzlichen Orientierung an den Prinzipien offener Märkte und der Einbindung in die internationale Arbeitsteilung. Über diese grundsätzliche Orientierung darf freilich nicht in Vergessenheit geraten, daß Wirtschaftspolitik es eben nicht nur mit Zinsen, Wechselkursen und Wachstumsraten zu tun hat, sondern daß ihre Adressaten Menschen sind, die durch verfehlte Wirtschaftspolitik in ihrer materiellen Existenz erheblichen Schaden erleiden können oder in ihren Zukunftserwartungen enttäuscht werden.

Auf vielen Ebenen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Organisation durchlaufen die lateinamerikanischen Gesellschaften Such- und Lernprozesse, um sich den Herausforderungen der Globalisierung anzupassen. Das endgültige Ergebnis dieser Such- und Lernprozesse ist noch nicht erkennbar – auch nicht für Ökonomen.

Autorennotiz: Dipl.-Volkswirt, Dr. rer.pol., Professor für Entwicklungsökonomie und Wirtschaftsstatistik an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg. Forschungsschwerpunkte der letzten Jahre: Probleme der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Lateinamerikas; wirtschaftspolitische Reformprozesse und regionale Integration im südlichen Lateinamerika.

Impressum: BRENNPUNKT LATEINAMERIKA erscheint zweimal im Monat und wird vom Institut für Iberoamerika-Kunde (IIK) in Hamburg herausgegeben. Das IIK bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Asienkunde, dem Institut für Afrika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut. Aufgabe des IIK ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Lateinamerika. Das Institut ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Redaktion: Detlef Nolte; Textverarbeitung: Ilse Heinbokel.

Bezugsbedingungen: DM 120,- p.a. (für Unternehmen und öffentliche Institutionen); DM 90,- (für Privatpersonen und Nichtregierungsorganisationen); DM 60,- (für Studierende und Erwerbslose). Für den Postversand wird ein zusätzlicher Betrag von DM 30,- erhoben. BRENNPUNKT LATEINAMERIKA kann auch zum Abopreis per E-mail bezogen werden.

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE

Alsterglaciis 8 · D-20354 Hamburg · Tel: 040 / 41 47 82 01 · Fax: 040 / 41 47 82 41

E-mail: iikh@uni-hamburg.de · Internet: <http://www.rrz.uni-hamburg.de/IIK>

Beiträge zur Lateinamerikaforschung

Band 1

Bert Hoffmann

The Cuban Transformation as a Conflict Issue in the Americas:

The Challenges for Brazil's Foreign Policy

(Die kubanische Transformation als interamerikanischer Konfliktpunkt:
Herausforderungen für die Außenpolitik Brasiliens)

Hamburg, August 1999, 72 Seiten, ISBN 3-926446-22-6, DM 15,00
(Beiträge zur Lateinamerikaforschung Band 1)

Wenn Im November 1999 das 9. Iberoamerikanische Gipfeltreffen in Havanna stattfindet, wird auch Kubas diplomatische „Rückkehr nach Lateinamerika“ einen Höhepunkt erleben. Dennoch bildet ein Jahrzehnt nach dem Ende des Kalten Krieges die noch immer sozialistische Karibikinsel einen zentralen Konfliktpunkt auf der politischen Agenda Amerikas. Für die Staaten Lateinamerikas stellt die Re-Integration Kubas in regionale Institutionen ein oft formuliertes Politikziel dar; gleichzeitig haben sie aber auch mit zunehmendem Gewicht und Nachdruck Forderungen nach einer politischen Demokratisierung auf der Insel erhoben. Zudem ist jegliche Außenpolitik in bezug auf Kuba von der Kalte-Kriegs-Konfrontation zwischen den USA und der kubanischen Regierung überschattet – zumal die USA ihre Politik des wirtschaftlichen Embargos und der politischen Isolierung in den 90er Jahren weiter ausgeweitet haben.

Als Südamerikas führende Wirtschaftsmacht und gewichtigster außenpolitischer Akteur kommt Brasilien dabei eine Schlüsselrolle zu. Der Text diskutiert vor diesem Hintergrund die Entwicklung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Beziehungen zwischen Brasilien und Kuba sowie die „neue Außenpolitik“ der Cardoso-Regierung. In einem zweiten Schritt wird die politische Ökonomie des kubanischen Transformationsprozesses und seine Implikationen für die Außenpolitik Brasiliens analysiert. Angesichts der fortdauernden Polarisierung zwischen Kuba und den USA kann Lateinamerika – und in besonderem Maße Brasilien – eine bedeutende Rolle sowohl als Handelspartner als auch in einem möglichen Szenario von Vermittlung oder politischem Wandel in Kuba spielen.

in Vorbereitung:

Klaus Bodemer/José Luis Corragio/Alicia Ziccardi
unter Mitarbeit von Jürgen Berbüsse

Urban Social Policies at the Turn of the Millenium.
Hamburg 1999, **Band 2**

Georg Bukes

**Der Zusammenhang von wirtschaftlicher Entwicklung und Demokratisierung.
Das Beispiel Bolivien.**
Hamburg 1999, **Band 3**

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE, Alsterglaci 8, 20354 Hamburg
Tel. 040 / 41 47 82 01 - Fax 040 / 41 47 82 41 - E-mail iikhh@uni-hamburg.de

LATEINAMERIKA JAHRBUCH 1999

Band 8

Herausgegeben von
**Klaus Bodemer, Heinrich-W. Krumwiede,
Detlef Nolte und Hartmut Sangmeister**
Schriftleitung: Wolfgang Grenz

Teil I: Aufsätze

Harald Barrios
Konsolidierung der Demokratie: Zur Substanz eines strapazierten Konzeptes.

Rupert F.J. Pritzl
Institutionelle Reformen in Lateinamerika. Einige Überlegungen aus institutionen-
ökonomischer Sicht

Bolívar Lamounier
Politische Auswirkungen der liberalen Reform in Lateinamerika.
Eine Sechs-Länder-Studie

Matthias Witt
Der Beitrag von Sozialfonds zur Reform der öffentlichen Verwaltung. Erfahrungen und Per-
spektiven aus Lateinamerika und der Karibik

Teil II: Entwicklungen in Ländern und Regionen

Länderchronologien 1998, Basisdaten, Kennziffern zur demographischen, sozialen und
wirtschaftlichen Entwicklung

Frankfurt/Main 1999, 312 Seiten, ISSN 0943-0318

Einzelpreis: DM 35,00 – Abonnementspreis: DM 28,00 pro Ausgabe
jeweils zuzüglich Versandkosten

